

Sollte es ausgerechnet mit einer politischen Initiative von ganz oben, vom Präsidenten höchst persönlich, gelingen, die Planungskultur in der Hauptstadt vom Kopf auf die Füße zu stellen, die Stadtplanung transparenter zu machen und vielleicht sogar zu demokratisieren? Bottom up sozusagen von oben? Die Ausstellung der zehn Gutachten ist eröffnet, das Medienspektakel ist vorbei: Wird man nun Tempo aufnehmen oder die Initiative kleinarbeiten, alle guten Absichten, Bilder und Ideen in einen Topf werfen und dort so lange verrühren, bis jeder zu den alten Gewohnheiten zurückkehren kann?

Le Grand Paris ist ein Symbol, die Konsultation ein Gleichnis

Kritik **Jean-Paul Robert** Fotos **Gaston F. Bergeret**

Die Idee für ein „Grand Paris“ ist nicht neu, zeitlich verschränkt sie sich mit den Anfängen des Städtebaus am Ende des 19. Jahrhunderts. Im Jahr 1911 wurde eine Kommission zusammengerufen, die den Einflussbereich der Préfecture de la Seine ausweiten sollte, und im gleichen Jahr gründete sich die Société française des urbanistes. Damals begann man, das geografische und statistische Wachstum der Stadt hochzurechnen, nicht, um in den Vorgang einzugreifen oder Missstände zu beseitigen, sondern um die Entwicklung voraussehen zu können, sie zu kontrollieren oder durch entsprechende Maßnahmen zu beeinflussen.

Aus dieser mentalen wie kulturellen Situation heraus wurde der Funktionalismus geboren, der von messbaren Bedürfnissen und quantifizierbaren Antworten ausging, um für ein Problemfeld, das man sich wie einen Organismus vorstellte, die ihm eigenen programmatischen Lösungen zu entwickeln. Der Urbanismus begann also als Ingenieurwissenschaft, die, im Ganzen noch wenig präzise, der Technokratie weit mehr verpflichtet war als der Demokratie. Unter dem Deckmantel der Technik benutzte man ein Instrumentarium, das zwar zur Politik Abstand hielt, aber nicht leugnete, ihr dienlich zu sein, ganz ähnlich wie eine Armee.

Die beste Illustration der Pariser Region, die es überhaupt gibt, stammt von Paul Delouvrier, der 1965 für das „schema directeur

d’aménagement et d’urbanisme“ verantwortlich war. Paul Delouvrier (1914–1995) war ein hoher Staatsbeamter. Auf ihn wird nicht nur die Gründung der Villes nouvelles rund um Paris zurückgeführt, sondern auch die Anlage des Flughafens Roissy-Charles-de-Gaulle, der Ausbau des RER (Schnellbahn der Region Paris) usw. Außerdem zerlegte er das ursprüngliche Département de la Seine in mehrere Départements, um den sogenannten „roten Gürtel“ rund um Paris, wo die Leute kommunistisch wählten, überschaubarer zu machen. Paris wurde zu einem eigenen Département und erhielt, nach 105 Jahren, erstmalig wieder einen eigenen Bürgermeister.

Von Général de Gaulle hatte er den Auftrag, „Ordnung in dieses Bordell zu bringen“. Nach dieser berühmten Formel handelte er und gab Paris seine heutige physische und politische Gestalt. Es war die Zeit des allmächtigen Staates mit Hoheitsrechten jakobinischer Herkunft. Seine uneingeschränkte Domäne war die Aufteilung von Grund und Boden, in Paris mehr noch als im restlichen Frankreich. Delouvrier war gerade aus Algier zurückgekommen, wo er von 1958 bis zur Unabhängigkeit Algeriens im Jahre 1960 die Pazifizierung des Landes betrieben hatte. Nun schnitt er ins offene Fleisch, zerlegte und zerstückelte mitleidlos, im realen wie im übertragenen Sinn, und benutzte dabei das gesamte Arsenal der Instrumente und Darstellungsweisen, die ihm der Funktionalismus zuspielte.

Die Nachwirkungen seiner Aktivität zeigen sich bis heute. Die territoriale Zerrissenheit zerriss auch die Lebensführung der Menschen (zwischen Metro und Arbeit) und gab der Politik schizophrene Züge. Eine urbane Schizophrenie produziert unweigerlich unmögliche Orte und unmögliche Leben. Die politische Schizophrenie wurde allerdings 1962 durch das Gesetz zur Regionalisierung gemildert, das dann unter Mitterrand bestimmte staatliche Entscheidungsbefugnisse an neue Ämter in der Region delegierte. Doch das war eher ein Zeichen von Schwäche, nicht von Abgrenzung. Zu den Schwierigkeiten, die sich aus der Vervielfachung der Einheiten, die von unterschiedlichen staatlichen Ämtern verwaltet wurden (unterteilt in Region, Département und Kommune), ergeben hatten, kamen nun neue, noch weniger beherrschbare, durch die sogenannten „intercommunalités“ (Gruppen aus verschiedenen Kommunen, an die für einen bestimmten Problembereich Teilkompetenzen abgegeben wurden). Dennoch überlebten die staatlichen Hoheitsrechte, und auch die dazugehörigen Ausführungsmethoden haben sich nicht geändert. Was zuvor zerschnitten wurde, wird heute eher zerbröseln. Geblieben sind uns auch die urbanistischen Techniken. Über die physische Geografie hat sich eine administrative gelegt, genau genommen ist sie an deren Stelle getreten.

Es ist übrigens nicht durchweg wahr, dass niemand gegen die Ungleichheiten (Reich und Arm) und Gefahren (Randale in den „sensiblen“ Quartieren) in der Pariser Region etwas tun wollte. Es gab verschiedene Initiativen, die versucht haben, dagegen anzugehen. Die einflussreichste war die „Conférence métropolitaine“, die 2006 vom Pariser Bürgermeister ins Leben gerufen wurde, ein runder Tisch für alle, die sich engagieren wollten. Inzwischen wurde sie zu einem Arbeitsverband mit Namen „Paris métropole“ umstrukturiert und erheblich erweitert.

Als sich nun der Präsident der Republik 2007 an die Architekten wandte und sie bat, eine Vision für die Pariser Agglomeration zu erarbeiten, verschreckte er nicht nur die Politiker, die darin ein geschicktes Manöver sahen, sondern auch die Verwaltung, die keineswegs davon begeistert war, dass ausgerechnet die „Partisanen“ sich in ihre Affären einmischen dürfen. Doch auch die Experten waren düpiert, sahen sie die Architekten doch eher als „Farbstifte“, gut genug, um ihre Pläne einzufärben (Bemerkung von Laurent Davezies, Professor für Ökonomie).

Übrigens hat auch der Präsident für einige Verwirrung gesorgt, als er Christian Blanc, Freund des ehemaligen sozialistischen Premierministers Michel Rocard und zwischenzeitlich Chef der Pariser Verkehrsbetriebe, von Air France und von Merrill Lynch France und jetzt wieder Mitglied des Stabs um den derzeitigen Premierminister François Fillon, zum Staatssekretär für die Entwicklung der Hauptstadtregion berief, einen Stubenhocker und Abtrünnigen der Linken. Parallel dazu

erhielt Sarkozys Ex-Mentor, der ehemalige Premierminister Edouard Balladur, den Auftrag, einen Vorschlag für die Reorganisation aller französischen Départements zu machen, der etwas Klarheit in das kaum noch lenkbare Durcheinander bringen sollte. Sein Vorschlag vom März dieses Jahres bestand in einer neuen zentralen Verwaltungsinstanz, natürlich in Paris, natürlich unter der Ägide des Staates.

Das alles zeigt, wie schlüpfrig der Boden war, auf dem die Gruppen sich bewegten, und das angesichts einer Aufgabe, wie sie größer und komplizierter kaum sein konnte. Dazu eine Atmosphäre voller Misstrauen und Argwohn, denn Paris wurde sozialistisch regiert, als Region wie als Hauptstadt. Die ganze Sache lief im Eiltempo ab, ursprünglich waren nur acht Monate vorgesehen, daraus wurden zehn, und dann, Gongschlag, mussten die Antworten da sein. Wie in einer Quizshow. Die skeptischen Politiker waren anfangs wenig interessiert an einer Aufgabe, die sie nicht selbst gestellt hatten („Le Grand Paris“, meinetwegen, but not in my backyard!). Die Bekanntheit der Akteure und ihre Verpflichtung, das, was hier als Forschungsaufgabe deklariert worden war, in interdisziplinären Gruppen zu erarbeiten, machten es aber unmöglich, die Teilnehmer als illegitim anzuprangern – also wurden sie höflich begrüßt. Während das Projekt fortschritt, wurde sich der eine oder andere Politiker bewusst, dass es hier mehr zu verlieren als zu gewinnen gab, falls man nicht schnell noch auf den Zug aufsprang. Auf Skepsis folgte Interesse, dann gebannte Aufmerksamkeit: Was würden die Architekten aus dem Hut zaubern, die sich, was ihre Vorschläge betraf, lange bedeckt hielten, war doch ihr Auftraggeber der erste Mann im Staat. Was könnte der noch im Köcher haben? Müsste man sich mit Gegenargumenten ausrüsten?

Die Enthüllung der Antworten hat inzwischen stattgefunden, und zwar auf verschiedenen Ebenen und zu verschiedenen Zeiten: vor der Kulturministerin, die für das Prozedere verantwortlich war, und denen, die sie dazu geladen hatte, nämlich einen wissenschaftlichen Beirat, der von der Sache kaum etwas wusste, und ein politisches Führungskomitee; vor verschiedenen politischen Instanzen, die keine Zeit verloren, die Gruppen zum Vortrag zu zitieren, vor der Öffentlichkeit mit Hilfe der Medien – und vor dem Präsidenten oder dessen Ratgebern, das freilich im Geheimen, bevor der Präsident sich anlässlich der Eröffnung der Ausstellung im Palais de Chaillot vor Publikum dazu äußerte. In wie vielen Sprachen also mussten die Gruppen versuchen, sich verständlich zu machen, obwohl sie wussten, dass sie bei keiner der Gelegenheiten, die man ihnen zubilligte, die Chance haben würden, ihre Überlegungen zusammenhängend darzustellen.

Bei diesem Hindernisrennen waren alle Gruppen in der gleichen Situation, ausgesetzt den gleichen Fragen, dem gleichen Hinterhalt, der gleichen Gefahr. Die neuen Paradigmen zwangen sie, sich neue Werkzeuge und neue Darstellungsformen



In den für die Ausstellung Le Grand Paris errichteten „Showroom-Türmen“ der Cité de l'architecture et du patrimoine. Hier die Arbeit von Antoine Grumbach & Associés mit der Idee einer Stadt entlang der Seine von Paris über Rouen nach Le Havre. Rechts: die Arbeit vom Studio 09, Bernardo Secchi und Paola Viganò.

auszudenken. Die unterscheiden sich nicht wesentlich voneinander, denn die Analyse vom Stand der Dinge und die Kritik daran waren bei allen etwa gleich, genauso wie die Selbstverpflichtung zu ausschließlich nachhaltigen Maßnahmen. Deshalb sind alle Vorschläge miteinander vereinbar, was wahrscheinlich keiner erwartet hätte und was auf Formen und Muster auch nicht zutrifft, aber auf das Wesentliche. Wesentlich ist, dass alle Vorschläge Sinn machen, und zwar ausschließlich im Rahmen des jeweiligen Projekts. Die Projekte binden alle Überlegungen und Vorschläge ein, die Projekte sind es, die von den einen präsentiert und von den anderen begutachtet werden, sie führen beide Seiten zusammen. Weil die Architekten mit Bedacht auf große Anläufe und große Gesten verzichtet haben, erweisen sich ihre Arbeiten, angesichts der politischen Fragestellung, als zutiefst politisch.

Darin liegen gleichermaßen Gefahr und Glück. Gefahr, weil, wenn das Projekt den Sinn vorgibt, die Unfähigkeit der Technokratie und die Schwäche der Politik offenbar werden. Glück für die Politik in dem Maße, in dem sie sich von der Technokratie lossagen kann. Aber die Versuchung bleibt groß, Sinn und Projekt wieder auseinanderzunehmen. Es genügt schon, sie in ein Kaleidoskop der Vorschläge, Bilder, Vermittlungsformen zu zersplittern. Es genügt, über den Markt zu gehen, hier und da etwas mitzunehmen, irgendetwas über den Reichtum an Ideen fallen zu lassen, um so dem Ganzen nicht mehr

auf den Grund gehen zu müssen. Das beste Mittel, wie die Politik ihrer Verantwortung zum Handeln ausweichen kann, ist Folgendes: Die Schlüssigkeit der einzelnen Antworten wird aufgelöst und alles in einen Topf geworfen, in dem dann Bilder und Ideen herumschwimmen. Das Risiko ist sehr groß, dass man auf diese Weise wieder aufs sogenannte „Seriöse“ zurückgreift und alles macht wie bisher. Und jeder ist wieder daheim, daheim bei seinen Vorurteilen, Vorlieben, Gewohnheiten, bei seinen kleinen Projekten und dem großen Brimborium darum ...

Die Ausstellung in der Cité und die Rede des Präsidenten beweisen es. Als Szenerie ist die Ausstellung geradezu sinnwidrig und deshalb dekurvierend. Jede Equipe sah ihre Arbeit in „Totem“ gepixelt und in eine vollkommen abgeschlossene Kabine verfrachtet. In dieser Peepshow, die dem Ego schmeichelt und unter dem Vorwand der Gleichbehandlung eingerichtet worden war, konnte jeder in seinem Geviert vortragen, was er wollte, es würde nicht über die vier Wände nach außen dringen. (Was wieder einmal beweist, dass die Handelnden keineswegs gute Verkäufer sind.) Eigentlich fehlte nur noch, dass man das Ganze mit einer ökumenischen Note versehen hätte. Der Präsident war nicht weit davon entfernt. Er hielt eine Fidel-Castro-Rede (was die Länge betraf, auf den Punkt 45 Minuten). Kastriert war sie, was den Inhalt betraf (ein bisschen von dem und ein bisschen von jenem, um jeden zufrieden zu



stellen, etwas Geld und etwas Investment, um die guten Absichten zu belegen, ein paar Gesetzesänderungen als Faustpfand, relativierte Zuständigkeiten, um dem Unbehagen vorzubeugen usw.)

Lassen wir das. Der Medienzirkus ist vorüber. Frust und Enttäuschung der Gruppen könnten sich in zwei Richtungen entladen. Sie könnten sich im Rahmen eines „Atelier du Grand Paris“, das noch genauer definiert werden müsste, zusammenfinden und gemeinsam den Sinngehalt dessen, was sie erarbeitet haben und für notwendig befinden, nach außen vertreten, oder sie können sich mit Beschwichtigungen und Aufträgen trösten lassen (in Zeiten der Krise lockt die Sirene.) Die Idee eines „Grand Paris“ schreckt niemanden mehr, das Gefühl für ein gemeinsames Schicksal entwickelt sich, die Dringlichkeit von Lösungen ist deutlich geworden, die Initiativen von morgen werden auf fruchtbaren Boden fallen. Noch wichtiger: Die Kritik am funktionalen Urbanismus hat ins Schwarze getroffen, und der Gedanke an eine nachhaltige Entwicklung trägt Früchte. Er setzt sich in den Köpfen fest und findet reiche Nahrung, wenn man sich die Ergebnisse der Arbeitsgruppen ansieht.

Zu denken, dieses Rollenspiel sei am Ende nur ein Täuschungsmanöver gewesen, oder sich vorzustellen, dass eine Gruppe der anderen den Rang ablauft, hieße, dass wir uns doch ge-

täuscht haben. Außerdem bleibt, neben der politischen Frage, eine andere, essentiellere unbeantwortet: die nach der Demokratisierung der Landesplanung. Sollte sie dazu beitragen, die Technokratie, was Arroganz und Unverantwortlichkeit betrifft, zugunsten der Politik zu enteignen, umso besser. Aber ein Schritt fehlt noch: den Menschen die Bedingungen ihrer Existenz näherzubringen. Ob die Arbeitsgruppen, die alle oder fast alle vom Colbertismus geprägt sind, dazu beitragen können, ist nicht sicher.

Was die Konsultation hätte unterstreichen können: dass der Umgang mit Grund und Boden heute Feld und Spielfeld der Politik par excellence ist, denn hier liegt der exakte Schnittpunkt der einfachen und alltäglichen Bedürfnisse mit allen sozialen und gesellschaftlichen Fragen. Hier entstehen die größten Sorgen um die Zukunft des Planeten. Ebenso wie den Raum, der die Bewegung hemmt, müssen wir die Zeit, eingengt durch die Unmittelbarkeit der Gegenwart, deblockieren. Le Grand Paris ist ein Symbol, die Konsultation ein Gleichnis.